

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bietesjährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Bietesträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Wohnstätten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Sticht-Bundrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 26 Pf., Familienanz. 18 Pf.,
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Gesamtdruck: Kurt Mühlhahn, Nr. 172.

Nr. 41.

Berlin, Sonnabend, 23. Mai 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Mehr Mitarbeit! — Noch ein Gegner der Sozialreformer. — Scharfmacherfragen und -wünsche. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Mehr Mitarbeit!

Der Grundtat: Einer für alle und alle für einen hat noch zu jeder Zeit in den Deutschen Gewerkevereinen Geltung gehabt. Ja, er hat gewissermaßen den Anstoß gegeben zur Gründung der Deutschen Gewerkevereine und aller anderen Arbeiterorganisationen. Vervollgen sie doch den Zweck, die vereinzelt Kräfte zu sammeln und dadurch eine Macht zu schaffen, die schließlich wieder dem einzelnen zugute kommen kann. Der Grundtat ist gut; deshalb hat er sich auch überall Bahn gebrochen, oben es könnte noch mehr als bisher danach gehandelt werden.

Sehen wir uns einmal um in unserer Gesamtorganisation! Zu Ostern fanden verschiedene Delegiertentage statt, auf denen natürlich auch die Mitgliederbewegung besprochen wurde. Auf zwei dieser Tagungen, derjenigen des Gewerkevereins der Deutschen Frauen und Mädchen und auch auf der des Gewerkevereins der Bäcker und Konditoren wurden mancherlei Beschwerden laut darüber, daß man nicht die genügende Unterstützung bei den Mitgliedern der übrigen Gewerkevereine finde. Man war der Ueberzeugung, daß, wenn namentlich von größeren Vereinen mehr Hilfe geleistet würde, die Mitgliederzahl viel stärker sein müßte.

Sind diese Klagen berechtigt? Es will uns in der Tat scheinen, als ob vielfach die Gewerkevereinsmitglieder glauben, daß ihre Agitationspflicht nur soweit geht, daß sie sich bemühen, für ihren eigenen Berufsverein neue Mitglieder zu werben. Das ist ein ganz verkürzter Standpunkt. Selbstverständlich ist jedem Menschen das Genuß näher als der Noth. Der organisierte Arbeiter wird zuerst unter den eigenen Berufs-kollegen die Werbearbeit aufnehmen, schon deshalb, weil sich dazu am leichtesten Gelegenheit bietet. Damit hat man aber seine Schuldigkeit gegenüber der Bewegung, wir möchten sagen der Geistesrichtung, die wir verfolgen, nicht getan. Auch Angehörige anderer Berufe, die in ihrem Denken und in ihren Zielen mit uns übereinstimmen, müssen wir dem Bruderverein zuführen uns bemühen. Gerade die kleinen Gewerkevereine sind der Unterstützung besonders bedürftig, und in ganz besonderem Maße der Gewerkeverein der Deutschen Frauen und Mädchen.

Wir haben nicht die Absicht, heute die Schwierigkeiten zu erörtern, die sich der Organisation der Arbeiterinnen überhaupt entgegenstellen. Sie sind bekannt genug. Viele Arbeiterinnen arbeiten zu Hause; sie sind vereinzelt tätig; ihr Einkommen ist oft sehr niedrig; die Erwerbstätigkeit wird nur als ein Uebergangsstadium zur Ehe angesehen. Alle diese Momente und noch manche andere haben dem Organisationsgedanken den Eintritt in die Kreise der Arbeiterinnen erschwert. Dazu kommt, daß die Organisationen der Männer auch Frauen aufnehmen, die in denselben Berufen tätig sind. Wenn man dies alles berücksichtigt, dann hat man eine Erklärung dafür, daß der Gewerkeverein der Deutschen Frauen und Mädchen nicht so zunimmt, wie wir es wünschen. Aber die Gewerkevereinskollegen selbst sind auch nicht frei von jeder Schuld. Wenn sie mehr auf dem Posten wären, dann wäre es eine Kleinigkeit, die Zahl der Mitglieder des Gewerkevereins der Deutschen Frauen und Mädchen so zu vermehren, daß man dazu übergehen könnte, eine freigestellte Beamtin anzustellen, deren

alleinige Aufgabe es wäre, die Agitation für den Gewerkeverein zu betreiben. Sind wir erst einmal so weit, daß der Gewerkeverein der Frauen und Mädchen an der Spitze eine unabhängige Beamtin hat, dann würde sich sicherlich die Mitgliederzahl ganz erheblich steigern. Das also muß unser Ziel sein, und deswegen müssen wir zunächst einmal aus eigener Kraft versuchen, dem Gewerkeverein der Frauen und Mädchen die nötigen Mitglieder zuzuführen. Das ist nicht schwer. Viele Frauen und Töchter unserer Gewerkevereinskollegen stehen im Erwerbsleben, müssen sich mit ihrer Handarbeit ernähren und haben noch nicht Anstoß an den Gewerkeverein der Frauen und Mädchen gesucht. Das muß unbedingt sofort nachgeholt werden. Auch in den Kreisen unserer Bekannten und Freunde sind sicherlich noch viele unorganisierte Arbeiterinnen vorhanden. Man hat ihnen vielleicht noch niemals etwas von dem Wesen und der Bedeutung der Organisation erzählt. Auch an sie wollen wir uns heranzumachen und sie in unsere Reihen bringen. Den Ortsverbänden eröffnet sich hier ein weites und fruchtbares Feld der Tätigkeit. In den nächsten Versammlungen sollte man sich überall einmal ernstlich mit dieser Frage beschäftigen, mit erstem Willen und regem Eifer an die Tat herangehen, und wir sind überzeugt, daß der Erfolg nicht ausbleibt. Auch an die Beamtinnen der verschiedenen Gewerkevereine draußen im Lande möchten wir heute von dieser Stelle aus eine eindringliche Mahnung richten, der Gründung von Ortsvereinen der Frauen und Mädchen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der sicher zu erwartende Erfolg wird der beste Lohn für die aufgewandte Mühe sein.

Was hier für die Frauen und Mädchen gesagt worden ist, das gilt auch für die anderen Gewerkevereine. Wir erwähnten vorhin die Bäcker und Konditoren. In diesem Berufe begegnet die Organisationsarbeit ähnlichen Schwierigkeiten. Die Gesellen sind zerstreut über viele kleine Betriebe. Das Kost- und Logiswesen ist fast überall noch üblich. Die Agitation muß also im Kleinen betrieben werden. Das verursacht Schwierigkeiten, die aber kein Hindernis sein dürfen, überhaupt an diese Arbeitsschichten heranzukommen zu versuchen. Es gibt vielleicht wenig Erwerbszweige, in denen die Arbeitsverhältnisse noch so ungünstig liegen wie im Bäcker- und Konditorberufe. Deshalb werden auch hier die Versuche, der Organisation neue Anhänger zuzuführen, nicht vergeblich sein. Aus diesem Grunde möchten wir die Aufmerksamkeit der Ortsverbände und Beamtinnen auch auf dieses Gewerbe lenken. Vielleicht empfiehlt es sich hier und da, eine besondere Kommission einzusetzen, die sich die Agitation unter den Wählern und Konditoren zur Aufgabe stellt. Sicherlich ist etwas zu erreichen, wenn systematisch an die Arbeit herangegangen wird. Vor allen Dingen natürlich muß man dabei einig und geschlossen vorgehen; man darf nicht, wie dies beispielsweise bei dem letztgenannten Gewerkeverein der Fall gewesen ist, sobald man einige Wähler gewonnen hat, sofort daran gehen diese Schicht von den Konditoren loszureißen. Damit trägt man nur Herabwürdigung in die Kreise der Organisation, obgleich überall das Bestreben sich zeigt, verwandte Organisationen zu größeren Industrieverbänden zusammenzuschließen.

Das Thema ließe sich noch weiter ausspinnen. Es gibt zahlreiche Ortsverbände, in denen Berufe noch nicht vertreten sind, für die wir einen Gewerkeverein haben. Zu den Hauptaufgaben der Ortsverbände aber gehört es, unablässig auf die Gründung von Ortsvereinen neuer Berufe bedacht zu sein. Wir möchten einmal an die Ortsverband-

auschüsse die Frage richten, wie oft sie wohl im Laufe des Jahres an diese Aufgaben gedacht und an ihre Lösung herangegangen sind. Wir glauben, manch einer würde sich besämt innerlich sagen müssen, daß er seine Pflicht nach dieser Richtung hin nicht getan hat. Aus diesem Grunde haben wir heute einmal diese Mahnung an die Kollegen gerichtet, in der Hoffnung, daß sie nicht ungehört verhallt, sondern daß man sich überall mehr als bisher darauf befinnt, auch für den Bruderverein etwas zu leisten. Die Zeit für die Organisation ist nicht ungünstig. Gerade die Krise zeigt so manchem, wiewohl einen starken Rückhalt die Organisation in so schweren Tagen bietet. Deshalb gilt es jetzt, die Stunde auszunützen und zu versuchen, das Heer unserer Mitglieder ordentlich zu stärken. Es macht sich neuerdings häufig in der Organisation und zwar nicht nur bei uns, ein gewisser Pessimismus bemerkbar. Die Erfolge genügen vielen nicht, und oftmals begegnet man der Meinung, daß eine gewisse Organisationsmüdigkeit Platz gegriffen habe. Das mag sein, aber oft sind wir selbst daran schuld. Es fehlt vielfach an dem nötigen Eifer und an der nötigen Ueberzeugungstreue. Gerade die Agitation für unsere Gewerkevereine kann nicht schwer sein. Wer unsere Geschichte kennt, wer da weiß, wie die Deutschen Gewerkevereine allen anderen Organisationen als Bahnbrecher vorangegangen sind, in dem muß sich die Ueberzeugung festigen, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Wer es mit erlebt hat, wie von allen Seiten die Gegner auf uns eindringen, wie man uns auf das Bestizte besämt und beschet, und daß wir trotzdem unsere Stellung behaupten und vorwärts kommen, daß wir in der sozialdenkenden Welt einen achtunggebietenden Namen haben, der muß sich sagen, daß der Kern unserer Organisation gesund ist, daß wir den Organisationsgedanken richtig aufgefaßt haben. Wir müssen nur arbeiten, hineingehen in die Kreise der Indifferenten und ihnen mit Ueberzeugung das Evangelium der Deutschen Gewerkevereine predigen. Heraus aus der Reihe! Hinein in das Heer der Unorganisierten! Das muß unsere Lösung sein, dann wird es uns auch gelingen, unsere kleinen Gewerkevereine so zu stärken, daß sie als ebendürftige Glieder im Verbande der Deutschen Gewerkevereine mitarbeiten.

Noch ein Gegner der Sozialreformer.

In der vorigen Nummer haben wir einige scharfmacherische Äußerungen über die Rundgebung der Sozialreformer in der Hafenbaue zu Berlin besprochen. Alles das, was die angeführten Blätter gegen jene Rundgebung vorgebracht haben, wird noch weit in den Schatten gestellt durch einen Aufsatz, den die „Soziale Rundschau“, eine Zeitungskorrespondenz, die früher auch von arbeiterfreundlichen Blättern benutzt wurde, als Manuskript an die Redaktionen jetzt versichert hat. Diese Korrespondenz verdient wirklich als ständige Beilage den „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ beigelegt zu werden.

Um die Bedeutung jener gewaltigen Rundgebung möglichst abzuschwächen, greift man zu den nächst besten Hilfsmitteln. Da wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Verammlung stattgefunden habe in einem Saal, also die „Genossen“ von Zeit zu Zeit ihre Protestveranstaltungen abzuhalten pflegen, in dem Bezirk eines Reichstagswahlkreises, der seit Gedemken als unentbehrlicher Besitz der Sozialdemokratie gilt. Ja was in aller Welt hat denn dies mit der Veranstaltung selbst zu tun?

Auf ähnlicher Höhe steht die Beurteilung der Gesellschaft für Soziale Reform. Von ihren letzten

den Kreisen wird gesagt, daß sie sich „je länger je mehr zu einseitigen Arbeiterpolitikern, zu radikalen Sozialisten der Arbeiterinteressen entwickeln, und was Deutschlands Hochschulen an weltfremden Professoren hervorbringen, hier ist für diese Theoretiker der Ort und die Gelegenheit, ihre sozialistischen Lehren an den Mann zu bringen.“ Das Werk der Sozialreform, so wird weiter bemerkt, könne nicht gefördert werden nach dem Rezept von Professoren, die in ihrer Weise einseitig hinarbeiten auf die *Arbeiterdiktatur*, die von der Existenz des Arbeitgebers und der Vertretung seiner berechtigten Interessen nichts wissen und grundsätzlich nichts wissen wollen.

Besser hätte es die „Arbeiter-Ztg.“ und auch die „Post“ wachlich nicht machen können. Und dann folgen die albernsten Angriffe gegen die Professoren Dr. Franke und Steiner, deren Standpunkt natürlich bei dem Verfasser dieses Artikels kein Verständnis findet. Näher darauf einzugehen, verbietet sich wirklich nicht der Mühe. Es gibt eben Leute, die schon von Arbeiterdiktatur sprechen, wenn versucht wird, dem Arbeiter auch nur ein bescheidenes Mitbestimmungsrecht zu schaffen. Der Unternehmer muß Herr im Hause bleiben, und zwar unumschränkt, der von seinen Machtbefugnissen auch nicht das Tipfelchen über dem i ausgeben darf. Das sind Anschauungen, über die die Entwicklung in nicht allzuferner Zeit geräuschlos hinweggehen wird.

Daß der Tarifvertrag von der Gesellschaft für Soziale Reform als Mittel zur Förderung des sozialen Friedens betrachtet wird, paßt natürlich der „Soz. Rundschau“ auch nicht in den Kram. Red und Lüge wird behauptet, „daß gerade der Tarifvertrag zumeist Ausgangspunkt und Endziel der Arbeitskämpfe bildet. . . . Tarifverträge gelten den Streikverbänden in erster Linie als das Mittel, den Arbeitgebern ihren Willen aufzuzwingen.“ Wer mit der Arbeiterbewegung vertraut ist, weiß am Besten, wie grundfalsch dieses Urteil ist. Glaubt man denn wirklich auf jener Seite, daß, wenn der Tarifvertrag nicht solche Fortschritte gemacht hätte, wie es erfreulicherweise in den letzten Jahren der Fall ist, die wirtschaftlichen Kämpfe geringer geworden wären? Verschließt man sich auf jener Seite ganz der Lüge, daß die Zahl der Streiks und Ausperrungen immer mehr zurückgeht und damit dem Tarifvertragswesen der Weg der friedlichen Verständigung viel häufiger beschritten wird als früher? Fürwahr, von Sachkenntnis ist das Urteil, das hier über die Tarifverträge abgegeben worden ist, wirklich nicht getrübt.

Daß Graf Raschowsky die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung als noch nicht sprudreif hingestellt hat, ist der „Soz. Rundschau“ der einzige Lichtblick. Hat doch nach ihrer Meinung gerade die Frage der Arbeitslosenversicherung den Anstoß zu der Rundgebung der Sozialreformer gegeben. Das trifft doch nur sehr bedingt zu. Veranlassung zu der Rundgebung war der Stillstand in der Sozialpolitik, die Erklärung des Staatssekretär Dr. Delbriick, daß nunmehr eine Rubenauße einzutreten hätte, und nicht zum wenigsten die Gründung des Kartells der schaffenden Stände. Uebrigens hat Graf Raschowsky nicht etwa die Reichsarbeitslosenversicherung rundweg abgelehnt, sondern sie nur für durchführbar erklärt, wenn vorher das Arbeitsnachweiswesen eine reichsgesetzliche Regelung erfahren hat.

Aus dem ganzen Artikel der „Soz. Rundschau“ spricht nicht nur eine große Verständnislosigkeit gegenüber sozialpolitischen Fragen, sondern noch deutlicher der Haß gegen die Arbeiterorganisationen. Und weil die Gesellschaft für Soziale Reform die Verdienste der Arbeiterorganisationen so deutlich herausgehoben hat, weil sie diese Organisationen als etwas Notwendiges und Nützliches ansieht, deswegen mußte ihre Veranlassung auch in den Schmutz gezwungen werden. Ja, wenn man nicht den Selben eine so deutliche Abtase erteilt hätte, dann würde sich auch die „Soz. Rundschau“ vielleicht etwas anders zu der Rundgebung gestellt haben! Denn die lieben Selben sind es, die man ganz besonders in sein Herz eingeschlossen zu haben scheint. Gegen den Inhalt des Artikels finden wir nämlich folgende Sätze:

„Noch auch die Illusionspolitik dieser Spielart sich aufzumachen, istocher ist darauf zu rechnen, daß sie einmütig über die jüngste nationale Arbeiterbewegung, die wirtschaftsfriedlichen Organisationen, herfallen, die „Selben“, wie sie sie mit Vorliebe nennen. Eine so grundsätzliche intolerante Haltung ist nicht ganz verständlich auf Seiten einer Gruppe von „Sozialpolitikern“, die für „ihre“ Gewerkschaften gerade immer das Recht der „Freiheit der Persönlichkeit“ verfechten. Aber sonst hat die Arbeiterbewegung nicht den geringsten Anlaß, die nachgerade schon etwas abgehandenen, von der „Gesellschaft für Soziale Reform“ liebevoll wieder

aufgewärmten Lebensarten irgendwie tragisch zu nehmen. Blinde Verechter freigezwergschaftlicher Ideale werden niemals den gefunden Kern berühren, den die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung in sich trägt, wollen auch nichts davon verstehen. Für diese Art der Belämpfung, für die endlos wiederholte Unterstellung, sie seien nichts als Unternehmerrundungen, haben die Wirtschaftsfriedlichen nachgerade eben doch nur noch Empfindungen, die an der Grenze parlamentarischer Ausdrucksweise liegen.“

Das also ist des Pudels Kern! Der Kampf gegen die gelben Gewerkschaften hat den Groll der „Soz. Rundschau“ erregt. Sie wundert sich über die Intoleranz gegenüber diesen gemeinschaftlichen Gebilden und die Belämpfung, die sie von den unabhängigen Arbeiterorganisationen erfahren. Das ist ganz natürlich. Die Selben werden nun einmal nicht als Arbeiterorganisationen anerkannt. Man begegnet ihnen im Gegenteil mit dem höchsten Maße der Verachtung, weil sie trotz aller Ablehnungsversuche sich von den Unternehmern dafür bezahlen lassen, daß sie ihnen um bessere Arbeitsverhältnisse kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Und dieser Verachtung der Selben begegnet man auch in der Gesellschaft für Soziale Reform. Da braucht man sich dann also auch nicht zu wundern, wenn jene Rundgebung in dieser abfälligen Weise kritisiert wird. Die führenden Männer in der Gesellschaft für Soziale Reform werden wenn sie diesen Artikel in diesem oder jenem Schammaschblatt lesen, ihn mit mitleidigem Lächeln beiseite legen. In ihrer Energie zur Förderung des sozialen Fortschritts werden sie dadurch sicherlich nicht gelähmt werden.

Scharfmacherjagen und -wünsche.

Eine der rührigsten Unternehmerorganisationen ist der Verband Sächsischer Industrieller. Namentlich wenn es gilt, die Rechte der Arbeiter zu schmälern und ihren Organisationen Schwierigkeiten zu bereiten, dann hat es den Verband Sächsischer Industrieller niemals an sich fehlen lassen. Es gab eine Zeit, wo er auch energisch für einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen eingetreten ist, und in frischer Erinnerung ist noch die von ihm ausgehende Anregung, sogenannte Streikgendarmen auszubilden zu lassen. Neuerdings scheint in diesem Verbands ein gewisser Besinnungsprozess zu sein. Wenigstens deutet darauf ein Rundschreiben hin, aus dem der „Korrespondent“ der Wundrucker einige Teile zu veröffentlichen in der Lage ist. In dem Rundschreiben wird zunächst lebhaft bedauert, daß Reichstag und Reichsregierung den Scharfmacherwünschen nicht genügend Verständnis entgegenbringen. So heißt es:

„Nur unter diesen Umständen kann es nur als höchst bedauerlich bezeichnet werden, wenn unter den Industriellen noch immer die Hoffnung genährt wird, daß es lediglich eines Streikpostenverbots bedürfte, um den gegenwärtig bestehenden Mißständen ein Ende zu bereiten und als ob Streikpostengeß und ausreichender Arbeitswilligenchutz ein und dasselbe wäre. Es wird dabei leider nicht auf die Tatsache hingewiesen, daß die Reichsregierung mehreremal erklärt hat, daß sie ein solches Gesetz nicht einbringen werde, daß der Reichstag bereits dreimal über eine Resolution, welche das Streikpostengeß fordert, abgestimmt hat und daß die Mehrheit, die sich gegen diese Resolution genendelt hat, bei jeder dieser Abstimmungen gewachsen ist. Wer daher heute die Industrie auf dem Weg verweist, durch Forderung eines beschränkten Streikpostengeßes, den für die Industrie notwendigen Schutz zu erreichen, der gibt ihr in Wirklichkeit nichts weiter als theoretische Nachschlage statt praktischer Hilfen. Der Verband Sächsischer Industrieller hat es für seine Pflicht gehalten, praktische Arbeit zu leisten und sich nicht damit zu begnügen, Gesetze zu fordern, von denen von vornherein feststeht, daß sie gegenwärtig und für absehbare Zeit nicht durchzuführen sind.“

Aber der Verband Sächsischer Industrieller hat auch noch andere Bedenken. Er befürchtet, daß die Unternehmerorganisationen durch ihre Forderung auf Verschlechterung des Koalitionsrechts sich schließlich in der eigenen Schlinge fangen müßten. Diese Sorgen kommen in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß ein Verbot des Streikpostenlebens“ doch nicht einfach in der Form dieses Wortlautes als Gesetz denkbar ist, sondern doch nur partiell in der Form durchgeführt werden könnte, wie es seinerzeit der Zentralverband Deutscher Industrieller vorge schlagen hat, wonach sich derjenige einer gefährlichen Drohung schuldig machen sollte, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Häfen, Bahnhöfe, Wasserstraßen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu übermachten. Mit vollem Recht ist demgegenüber von Seiten großer Arbeitgeberverbände darauf hingewiesen worden, daß eine solche Bestimmung auch die Ausperrung der Unternehmer, das Herausreißen von Listen und alle derartigen Hilfsmittel der Arbeitgeber in Kämpfen mit den Gewerkschaften unmöglich machen würde. Ebenso ist von Seiten der verarbeiteten fertellierten Industrie betont

worden, daß verschiedene Bestimmungen, die sich gegen den Zwang und Terrorismus der Arbeiter richten, siningemäß auch auf die Organisationen der Arbeitgeber Anwendung finden würden und die Möglichkeit des Zusammenstufes in Fällen von Streiken: „Es ist ordentlich erschwern können.“

Eine gewisse Stütze erhalten diese Bedenken darin, daß selbst ein konservativer Abgeordneter Dr. Böhm im sächsischen Landtage darauf hingewiesen hat, daß sich die Unternehmer auch Verstöße zuschreiben konnten lassen, daß auch die schwarzen Listen, die Materialsperrte, die Kundensperre usw. ein Mißbrauch des Koalitionsrechts seien. Deshalb — so wird in dem Zirkular weiter gesagt — müßten die Unternehmer vor der Entscheidung es sich genau überlegen, ob die Nachteile, welche die mit einem solchen Gesetz untrennbar verknüpfte Anhebung der Tätigkeit der Unternehmerverbände mit sich bringt, für die Unternehmer nicht schwerwiegender sein würden als der Nutzen, der aus einem solchen Gesetz herauskommen soll. Aus all diesen Erwägungen heraus kommt der Verband der Sächsischen Industriellen in dem Rundschreiben zu dem Schluß, daß neben der Unterstützung der nationalen Arbeiterorganisationen nur noch der Weg übrig bleibe, durch energische Anwendung der bestehenden Gesetzesbestimmungen, durch Ausbildung besonderer Beamten dem Untreten des Streikpostenlebens wirksam entgegenzutreten und somit den Unternehmern einen praktischen Schutz zu gewähren, der ihnen durch die ausschließliche und für sie selbst bedeutende Forderung eines besonderen Verbots des Streikpostenlebens nicht getrübt werden kann.

Der Weisheit letzter Schluß ist also in erster Linie die Förderung der „nationalen Arbeiterorganisationen“, das heißt auf gut Deutsch, der Selben. Sie sind die letzte Hoffnung der Scharfmacher. Wenn alle Mittel versagen, dann läßt man sich die Sache schließlich ein Stück Geld kosten und gründet gelbe Vereine. Fürwahr, besser können diese auch Arbeiterorganisationen wirklich nicht charakterisiert werden. Daß die bestehenden Gesetzesbestimmungen energisch genug angewandt werden, dafür brauchen hier Beweise nicht mehr erbracht zu werden. Endlich kommt man auf den Lieblingswunsch zurück, sogenannte Streikgendarmen auszubilden, die auf Streikposten deßtiert werden und dann natürlich, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, recht energisch vorgehen müssen. Daß damit eine kurzfristige Erbitterung in die wirtschaftlichen Kämpfe hineingetragen wird, das kümmert den Verband der Sächsischen Industriellen nicht. Nun, glücklicherweise liegt ja zwischen dem Ausprechen und der Erfüllung dieses Wunsches noch eine tiefe Kluft. Immerhin aber zeigen die Auslassungen, daß die Scharfmacher unablässig darauf finnen, wie sie den Arbeiterorganisationen Schwierigkeiten in den Weg legen können. Die beste Antwort, die darauf erteilt werden kann, besteht darin, daß die Arbeiter ihre Organisationen stärken, so daß auch der Verband Sächsischer Industrieller erkennt, daß er sich mit der Organisation der Arbeiter als einer gegebenen Tatsache abfinden muß.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Mai 1914.

Ein reichhaltiges Agitationsmaterial enthalten die vom Verbands herausgegebenen Schriften. Wir wollen sie nicht im einzelnen hier aufzählen, sondern nennen nur die Broschüren mit dem auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Referat: „Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie“ von Gleichauf, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis“ von Schumacher, ferner die sogenannte Weltanschauungsbrochüre vom Kollegen Goldschmidt, „Die Reform des Arbeitsrechts“ von Dr. Fleck, sodann die verschiedenen Schriften über die soziale Versicherung, „Die Geschichte der Deutschen Gewerkschaften“ von Goldschmidt usw. Zu den übrigen verweisen wir auf die im Annoncenteil von Zeit zu Zeit veröffentlichten Inserate.

Leider wird von diesem Material nicht in so ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht, wie es im Interesse der Sache erwünscht wäre. Verlangt wird auf jedem Verbandstage nach neuen Broschüren; in der Regel aber werden sie, wenn dem Wünsche stattgegeben wird, nur zu einem kleinen Teil verkauft. Ganz abgesehen von dem materiellen Schaden, der daraus erwächst, wird auch der Zweck verfehlt, die Kollegen über alle einschlägigen Fragen des Arbeiterlebens zu unterrichten. Wir bitten also, in den Ortsvereinen hin und wieder auf unsere Verbandsbroschüren aufmerksam zu machen und die Kollegen zum Ankauf derselben zu veranlassen. Je mehr Aufklärung in den Kreisen

der Mitglieder vorhanden ist, umso erfolgreicher wird auch die Agitationsarbeit für unsere Sache sein.

Die dritte Lesung der Konkurrenzklauselvorlage im Reichstage hat, wie vorauszusehen war, keinerlei Änderungen mehr gebracht. Der Entwurf wurde in der durch die zweite Lesung beschlossenen Fassung fast einstimmig von allen bürgerlichen Parteien angenommen. Nur die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen. Daß der Bundesrat der Vorlage seine Zustimmung geben wird, ist zweifellos.

Keine Wahlrechtsreform in Preußen! Als Herr v. Dallwitz den preussischen Ministersekel verließ und Herr v. Loebell in das Ministerium des Innern einzog, glaubten einige Optimisten, daß damit nun auch die Zeit für eine Reform des preussischen Wahlrechts gekommen sei. Ja, man sagte dem neuen Herrn nach, daß er sich zugunsten einer Wahlrechtsreform ausgesprochen habe. Diese Auffassung hat Herr v. Loebell bei seinem ersten Auftreten im preussischen Abgeordnetenhaus gründlich zerstreut. Als der fortschrittliche Abgeordnete Dr. P a c h n i d e i n fragte, wie der Minister über eine neue Wahlrechtsvorlage denke und ob er gegebenenfalls die geheime und direkte Wahl vorschlagen wolle, antwortete er, daß er bei der kurzen Dauer seiner Amtstätigkeit über die preussische Wahlrechtsreform bisher überhaupt noch nicht nachgedacht habe, daß er sich also auch nicht über das Mindestmaß einer solchen Reform äußern könne. Der Extrakt seiner Ausführungen auf die Frage nach einem neuen preussischen Wahlrecht war ein glattes Nein! Recht überflüssig war dabei die Bemerkung, daß die preussische Politik ja nicht von einem einzelnen preussischen Minister gemacht werde, sondern daß für sie der Wille des Gesamtministeriums und des Ministerpräsidenten entscheidend sei. Das ist eine Binsenwahrheit, die sich Herr v. Loebell ruhig hätte sparen können. Das aber steht fest, daß wenn ein preussischer Minister den Mut und den festen Willen hat, eine Wahlrechtsreform durchzuführen, er auch im Gesamtministerium so viel Einfluß gewinnen muß, daß er das als richtig Erkenntnis auch durchzusetzen vermag. Wenn der Minister ferner sagte, daß er in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit sich noch nicht mit der Frage habe beschäftigen können, so stellt er sich damit ein Armutzeugnis aus, wie es beschämender nicht sein kann. Man sollte meinen, daß in der so wichtigen Wahlrechtsfrage jeder erwachsene und politisch denkende Mann sein Urteil hat. Dazu braucht man nicht erst als Minister jahrelang im Amte zu sein.

Die so dringend notwendige und vom König fest versprochene Wahlrechtsreform wird also in nächster Zeit nicht durchgeführt werden. Das ist tief bedauerlich. Daß man auf dem von der sozialdemokratischen Presse neuerdings wieder vorge schlagenen Wege, nämlich durch den Generalstreik, etwas erreichen kann, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Man sollte sich hüten, der Reaktion neues Material in die Hände zu spielen.

Die erste ordentliche Generalversammlung der gemeinsamen Deutschen Volksversicherung A. G. hat am 12. Mai im Reichstage zu Berlin unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner stattgefunden. Auch der Reichskommissar Geheimrat Dr. W u e r m e l i n g war anwesend. Der wichtigste Beschluß der Tagung ist der, daß die höchst zulässige Versicherungssumme von 1500 Mk. auf 2000 Mk. erhöht worden ist. Es können also in Zukunft bei der Deutschen Volksversicherung A. G. auch Versicherungen zwischen 1500 und 2000 Mk. eingegangen werden, womit vielfachen Wünschen, vor allem aus den Kreisen der kaufmännischen und industriellen Angestellten, des selbständigen Mittelstandes und der Landwirtschaft Rechnung getragen ist.

Dieser Beschluß ist freudig zu begrüßen, auch wenn Arbeitern nur selten die Möglichkeit gegeben sein wird, davon Gebrauch zu machen. Wir wollen nicht versäumen, auch heute noch einmal zu reger Verberbeit für die Volksversicherung aufzufordern, dabei aber gleichzeitig noch einmal daran zu erinnern, daß Versicherungen bis zu 500 Mk. in erster Linie bei den Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften abzuschließen sind.

Arbeiterbewegung. Der Streik in der schlesischen Holzindustrie A. G. in Langenock ist beendet, nachdem den Arbeitern betriebende Zugeständnisse gemacht worden sind.

Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden. — In Belbret. B. ist der Ausstand der Maler und Anstreicher geblieben, die die Anerkennung des Reichstarifvertrages durchsetzen wollten, zu ungunsten der Arbeiter beendet worden. — Der Streik der Glasarbeiter in einigen Fabriken zu Rauscha hat zur Ausperrung in sämtlichen Betrieben geführt, nachdem ein Vermittlungsversuch erfolglos verlaufen ist. — In Berlin befinden sich seit einiger Zeit die Ballschuhmacher in einer Tarifbewegung. Die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, weil vielfach nicht nur keine Zugeständnisse gemacht werden, sondern sogar noch Lohnfürzungen vorgenommen werden sollen. Der Ausgang der Bewegung läßt sich noch nicht übersehen.

In Marseille sind etwa 5000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihre Forderung auf Einführung des Neunstundentages und auf Erhöhung der Löhne abgelehnt worden ist.

Zur Charakteristik der Maisfeier. Die sogenannten freien Gewerkschaften halten am 22. Juni und folgenden Tagen ihren Gewerkschaftskongress in München ab. Die überaus reichhaltige Tagesordnung wird mit den eingebrachten Anträgen in Nr. 20 des „Correspondenzblatt“ veröffentlicht. Unter den Anträgen finden wir auch einen der Ortsgruppe Wolfenbüttel des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich auf die Maisfeier bezieht. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Gewerkschaftskongress in München möge die Maisfeier so festlegen, daß es auch den Arbeitern möglich ist, den 1. Mai zu feiern, andernfalls auch die angestellten Beamten zu arbeiten.“

Ein Großmachtsdünkel fehlt es den „Genossen“ gewöhnlich nicht. Da hätten die Wolfenbüttler doch einfach beantragen sollen, daß der 1. Mai immer auf einen Sonntag fällt. Indessen so weit ist man dem doch noch nicht. Man begnügt sich deshalb mit der Forderung, — das besagt natürlich der Antrag — daß die Maisfeier an einem Sonntag stattfinden soll. Ein merkwürdiger Kontrast! Im Reichstage scheint man sich nicht den Antrag zu stellen, die Sitzung wegen des Mai ausfallen zu lassen, den „Genossen“ im Lande aber fehlt der Mut zum Feiern in der Woche. Und dann der Schlußsatz! Wie flehlich doch die „Genossen“ denken, wenn sie selbst Arbeitgeber sind. Dürfen sie selbst nicht feiern, dann sollen wenigstens die Beamten auch keinen Feiertag haben. Das ist so eigentlich der Gipfel der Lächerlichkeit. Und mit solchen Dingen muß sich der Gewerkschaftskongress beschäftigen!

Gelbe Gewerkschaften und Streikrecht. Wie reimt sich das zusammen? so wird mancher unserer Leser sich fragen. Trotzdem hat diese Angelegenheit den kürzlich in Ludwigshafen abgehaltenen Verbandstag der Vereinigung der vaterländischen Werk- und Arbeitervereine Badens, Hessens und der Pfalz beschäftigt. Der Redner, der die Frage erörterte, führte aus: „Bezüglich des Streikrechts stehen wir auf dem Standpunkte, daß wir auf den Streik nicht verzichten können. Wir können auf das Streikrecht nicht verzichten, da dies ein Recht ist wie das Wahlrecht.“ In demselben Atemzuge sagte dieser Mann: „Wir wollen nicht streiken. Wollten wir streiken, dann könnten wir uns lieber den roten Gewerkschaften anschließen. Wir sind auf den Streik nicht zugewandten. Wir haben keine Streikpresse, keine Streikposten und keine Streikfasse.“

Also das Streikrecht wird in Anspruch genommen, gleichzeitig aber auf seine Anwendung verzichtet. Ist das nicht der Gipfel des Unsinnigen? Und dann die Hauptfrage! Man verlangt das Streikrecht, aber eine Streikfasse ist nicht vorhanden. Damit ist natürlich die Möglichkeit eines Streiks auch ausgeschlossen. Man sieht daraus, daß man auf jener Seite überhaupt nicht weiß, was man will.

Das Hausarbeitsrecht, das bereits mit dem 1. April 1914 in Kraft getreten ist, läßt von seinen Wirkungen so gut wie nichts spüren. Sehr viele neue Vorschriften zum Schutze der Heimarbeiterinnen sind noch nicht zur Durchführung gebracht. Wir erinnern nur an die sogenannten Sachauschüsse. Auch noch nicht ein einziger von ihnen ist ins Leben gerufen worden. Kein Wunder, wenn sich weiter Kreise der Beteiligten eine starke Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat. Deshalb ist es erfreulich, daß wenigstens hier und da die Gemeinden einen Versuch unternehmen, das Glend der Heimarbeiterinnen etwas zu mildern. So hat die

Stadt Frankfurt a. M. die Bestimmung getroffen, daß alle Aufträge, die von der Stadt aus an Unternehmer für die Heimarbeit vergeben werden, nur solchen Gewerbern zugeprochen werden dürfen, welche die von der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle festgesetzten Mindestlöhne zahlen. Die Arbeitsvermittlungsstelle kontrolliert selbst die Einhaltung der Mindestlöhne und vermag so ein gewisses Regulatorium für Löhne der Heimarbeiterinnen zu geben.

Wir wünschten, daß recht viele große Gemeinden dem Vorbilde der Stadt Frankfurt a. M. folgten. Dann würden nämlich die Sachauschüsse, die ohnehin nur eine anregende oder begutachtende Tätigkeit ausüben sollen, überflüssig und an ihrer Stelle Einrichtungen geschaffen werden, die mehr den in England eingeführten Lohnämtern gleichen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Eine sehr bemerkenswerte Entscheidung betreffend die Belehrung des Berufungslägers durch das Oberversicherungsamt, hat vor einiger Zeit das Reichsversicherungsamt getroffen. Ein Oberversicherungsamt hatte einem klagenden Versicherten, der nach seinem Schreiben in dem Verhandlungstermine persönlich erscheinen wollte, mitgeteilt, es stehe ihm, da sein persönliches Erscheinen nicht angeordnet sei, kein Anspruch auf Reisekosten usw. zu. Dies durfte jedoch, wie das Reichsversicherungsamt ausführt, in so allgemeiner Form nicht ausgesprochen werden, denn nach § 21 der Kaiserl. V. O., betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vom 22. November 1900, wären dem Kläger, sofern er obgesiegt hätte, die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung aufgemerkenden Kosten zu ersetzen gewesen. Wäre er hierauf hingewiesen worden, so wäre er vielleicht im Termin erschienen und hätte durch seine Erklärungen und den Augenschein weitere Aufklärung geben können, die möglicherweise zur Anerkennung des Anspruchs geführt hätte. Die Sache wurde deshalb zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Oberversicherungsamt zurückgewiesen.

750 610 659 Wochenbeiträge der Invalidenversicherung sind im Jahre 1913 vereinnahmt worden. Die meisten Marken, nämlich rund 220 Millionen kommen auf die 5. u. 6. höchste Lohnklasse. Es folgt die 3. Klasse mit fast 193,5 Millionen, dann die 2. mit über 155,5 Millionen, die 4. mit 124,5 Millionen und zuletzt die 1. mit nicht ganz 57,5 Millionen Beiträgen. Zusatzmarken wurden im ganzen nur 34 738 verwendet. Die meisten Wochenbeiträge wurden natürlich in den industriereichsten Landesteilen geleistet, nämlich in der Rheinprovinz mehr als 82 Millionen, im Königreich Sachsen 74,5 Millionen, in Schlesien 63 Millionen, Brandenburg 50%, Westfalen 41, Berlin 38, Sachsen-Anhalt 36, Hannover 34, Württemberg 27, Baden 26, die Sonstlände und Sassen-Massau je 26, Ostpreußen 20, Thüringen 18%, Elsaß-Lothringen und Schleswig-Holstein je 19, Pommern 18%, Oberbayern und Posen je 17%, Westpreußen 14%, Sessen 13%, Mittelbranken 11, Mecklenburg 9%, Pfalz 8%, Schwaben 8, Braunschweig und Oberfranken je 6, Niederbayern 5%, Unterfranken 5%, Oberpfalz 4%, Oldenburg 4 Millionen.

Beschränkungen des Alkoholverkaufs in Schweden. In einigen schwedischen Städten ist für den Alkoholverkauf das sogenannte Götaborger System eingeführt, das nach dem Vorbild der Stadt Göteborg den privatwirtschaftlichen Gewinn am Alkoholverkauf einschränkt. Mit dem Jahre 1914 ist auch in Stockholm eine besondere Verkaufsordnung für Spirituosen eingeführt worden, die nach mancher Richtung hin noch weiter geht als die Götaborger Vorschriften. Besonders einschneidend erscheinen nach der „Soz. Praxis“ die Vorschriften zur Einschränkung des Saubersverbrauchs. Jeder Käufer muß künftig ein Buch besitzen, in dem die gekaufte Menge und das Datum des Einkaufs vermerkt werden. Auf ein Buch dürfen nicht mehr als 12 Liter im Vierteljahr verkauft werden. Zur Einschränkung des Restaurationsbetriebs hat man zunächst aus dem Durchschnittsverbrauch der letzten drei Jahre den Durchschnittswert der Verkäufer berechnet und dann den Bezugspreis der Spirituosen für Restaurateure erheblich verringert, so daß der Durchschnittsgewinn auch erzielt werden kann, wenn die erwähnte Durchschnittsmenge — sie beträgt 935 000 Liter — um 10 bis 12 v. H. verringert wird; hergestellt werden 835 000 Liter die sogenannte Normalgrenze für 1914 sein. Was ein Jeder mehr verkauft, muß er der Aktiengesell-

Woft „Stockholmsystemet“ zu denselben Preisen bezahlen, wie die Gäfte und Käufer es in seinem Lokale bezahlt haben. Er ist also uninteressiert daran, den Verbrauch etwa durch besondere Darbietungen, Vorträge usw. zu steigern. Da im letzten Jahre der Verbrauch 975 000 Liter betrug, im neuen Jahre aber nur 886 000 Liter umgesetzt zu werden brauchen, um einen annähernd gleichen Verdienst zu erreichen, hofft man, daß die Verringerung des Konsums nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sich, wenn auch vielleicht nicht in demselben Umfange, in die Wirklichkeit umsetzen wird.

Gewerkevereins-Teil.

8 Düsseldorf. In unserer Nr. 84 teilten wir mit, daß bei den Wahlen zum Versicherungsamt die Christlichen mit dem Selben Arm in Arm gegangen seien. Zunächst erwiderten die Christlichen darauf nichts, sondern sie schwiegen sich aus wohlwollenden Gründen bis nach den Wahlen aus, wo zunächst das hiesige „Tagblatt“ und nach ihm einige andere Zeitungen den Versuch machten, die von uns mitgeteilte Tatsache durch Zeugnissen aus der Welt zu schaffen. Man entschuldigte sich folgendermaßen: Die Wahlleitung der Christlichen Arbeiter in Düsseldorf hat sich mit dem Direktor Stahl, dem Vorsitzenden des Verbandes der Düsseldorf-Verbandsvereine, in Verbindung gesetzt, um zu verhindern, daß auf nichtsozialdemokratischer Seite mehrere Vorschlagslisten eingereicht würden. Es wurde dann auch eine Verhängung erlassen, wonach die Christlichen Arbeiter auf ihre Vorschlagsliste einige vom Verbandsrat der Betriebskrankenkassen vorgeschlagene Namen übernehmen. Von Weilen ist dabei keine Rede gewesen.

Das ist eine Mökenwache, die die Christlichen nicht von ihrem Postel befreit. Denn was schwarz auf weiß vorliegt, kann auch durch obige Erklärung nicht aus der Welt geschafft werden. Die Christlichen geben zunächst selbst zu, daß sie sich an Herrn Stahl, den Direktor der hiesigen städtischen Straßenbahn und Vorsitzenden der Betriebskrankenkassenvereinigung, gewandt haben. Dieser Herr Stahl, das steht fest, hat eine Vorschlagsliste an sämtliche Betriebskrankenkassen des Stadtbezirks Düsseldorf gerandt mit einem Begleit-schreiben, das den Sachverhalt: „Die beiliegende mit den Christlichen Gewerkschaften und zum Teil mit den nationalen Gewerkvereinen zusammen aufgestellte Liste überreichen wir Ihnen mit dem Anbitten, dieselbe den Vorstandsmitgliedern Ihrer Rasse (Arbeitnehmer) eventuell zur Annahme zu empfehlen.“

Herr Direktor Stahl sagt also Klipp und Klar, daß die Liste mit den Christlichen und Selben gemeinsam aufgestellt ist. Auch der Christliche Gewerkschaftsleiter Günter hat in seinem Schreiben an die Wähler diese Liste empfohlen. Er selbst stand an zweiter Stelle darauf, und mit ihm im trauten Bunde waren einige Gelfe aufgestellt, von denen auch den Christlichen zwei als Obergebe bekannt sein müssen. Die Be-

hauptung also, daß die Christlichen bei den Wahlen zum Versicherungsamt in Düsseldorf mit dem Selben Arm in Arm gegangen sind, kann nicht geleugnet werden. Alles was dagegen geschrieben ist, sind Ausreden, mit denen man die unbequeme Tatsache nicht umstoßen kann.

8 Jabra. Am 21. Januar wurde hier die Wahl zum Kreisgewerbegericht Jabra für die gewerblichen Arbeiter vorgenommen. Es sind im ganzen dabei 8 Arbeitnehmerbeisitzer zu wählen, und zwar je 2 für jede der drei Kammern. In der Wahl zur ersten Kammer, die das metallurgische Großgewerbe umfaßt, hatten sich auch die Gewerkevereinskollegen mit dem Erfolge, daß sie mit 109 Stimmen den Sieg davontrugen, während die katholischen Facharbeiter nur 103 Stimmen auf sich vereinigten. Die verhältnismäßig geringe Differenz brachte diese Herren auf den Gedanken, die Wahl angusehen, um dann in einem zweiten Wahlgange zu versuchen die Mehrheit zu bekommen. Es wurde also Protest erhoben, weil das Wahllokal zu klein gewesen sei und die Arbeiter ihr Wahlrecht nicht hätten ausüben können. Den wahren Grund allerdings hat der obersteleische „Kurier“, ein Zentrumsorgan, angegeben, indem er schreibt: „Auf-fallend stark war die Beteiligung aus Bistupitz, so auch der Kirch-Dunderschen Gewerkevereine, die in ganzen Kolonnen aufmarschierten und ihr Wahlrecht ausübten, während die den katholischen Arbeitervereinen angehörenden Wähler nicht in der gewünschten Zahl erschienen waren.“ Also unsere Kollegen hatten ihre Schuldbiligkeit getan und infolgedessen auch den Erfolg auf ihrer Seite. Inzwischen dem eingelegten Protest wurde stattgegeben. Die Wahl wurde ausgesetzt, und am 18. Mai fand die Neuwahl statt. Die Enttäufung für die Gegner war noch größer, denn bei dieser Wahl erhielt die Gewerkevereinsliste 137 Stimmen, die der katholischen Arbeitervereine nur 100 Stimmen. Wir hatten also gegen die erste Wahl noch eine Zunahme um 28, während die Gegner 3 Stimmen verloren haben. An der Wahl zu den beiden andern Kammern, wo nur ganz wenige Wähler in Betracht kamen, beteiligten wir uns nicht. Unser Erfolg ist umso höher anzuschlagen, als man vorher uns in Flugblättern auf das heftigste bedrängt hatte. Man hat alle möglichen Mittel angewandt, um uns den Sieg streitig zu machen, aber es war alles vergebens. Unsere Kollegen sind stolz auf den Sieg. Er wird ihnen ein Ansporn sein, daß sie auch bei künftigen Wahlen auf dem Posten sind, und sie werden auch sonst alles aufbieten, um unsere Gewerkevereinsfrage hier in Obersteleien vorwärts zu bringen.

Richard Rypfel, Vorsitzender.

Verbands-Teil.

Berlin. Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr, zwangloses Zusammensein im Verbandslokal. Bitte will. Gewerkevereins-Vereinsrat (G.-V.) jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Verhandlungsbank 1. Verbandslokal. Deutscher Gewerkeverein (Eintracht). Bitte will.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Burhop's Gesellschaftshaus, Bremen, Neffenstraße. Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstraße 42. Dessau. Gewerkevereins-Vereinsrat jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr, Leubuschstr. 1. Vereinsk. „Golan“, Marktstr. - Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden letzten Sonntagabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Koggen-kämpfer, Elberfeld, Luisenstr. und Erholungstr. - Ede. - Frankfurt a. O. (Gewerkevereins-Vereinsrat). Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Verhandlungsbank im Vereinsklokal, Rühlstr. 16. Verbandslokalen herzgl. willkommen! - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6-8 Uhr, Distriktslokal im Vereinsklokal von G. Simon, Alter Markt, - Heeren 8. Nachen. Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Budewitz - Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverband-Vertreterversammlung bei Rose, Heinrichstr. - Hamburg (Rebnerstraße). Jeden Sonntag von 9 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. - Hamburg (Gewerkevereins-Vereinsrat). Jeden Donnerstag, Verhandlungsbank bei Thöner in Altona, Simonsbüttelstraße 48-50. - Herze (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat, Sitzung 6. Uhr, Bille, Straße, Bahnhofsgebäude, der evang. Kirche. - Jherloha. Distriktsabend jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Gilpe, Rebenstraße 3. - Köln (Ortsverband). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung in der Berg-Grönlung, Kreuzgasse. - Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat). Die Verhandlungsbank finden jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr im Vereinsklokal Stadt Hannover, Goeburgstr. 25, statt. Bitte und himmelgehobene Mitglieder sind herzlich willkommen. - Rühlstein-Ruhr. Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. - Sertium (Sängerchor & Gewerkeverein). Die Verhandlungsbank finden jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Reich, Hofstraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willkommen. - Sertium (Ortsverband). Distriktsklub, Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag, 6. Winter 1. Erdow. - Tegel (Distriktsklub für Tegel, Vorgelände u. Reindorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 23, Gef. Schneiderstraße. - Thurn (Bilder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Ricollet, Maurerstr. 62. - Weiskhan, Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abds. von 8 1/2-10 1/2 Uhr, Distriktsabend beim Kollegen Gmel. - Weiskhanfeld a. G. (Sängerchor „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine). Verhandlungsbank bei Mittwoch, abds. von 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinsklokal, Rühlgarten. Gefangene Gewerkevereinskollegen herzlich willkommen. - Weiskhanfeld (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat, Distriktsklub in Hermanns Garten. - Wetter (Ortsverband). Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, Ortsverband-Versammlung beim Herrn Wirt Rademacher, früher Schmale in Oberwengern. - Wermans (Ortsverband). Ortsverbandsteilung der vereinigten Gewerkevereine (G.-V.) jeden Sonntag, abds. 9 Uhr, Sitzung im Verbandslokal „Reinthal“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Teilzahlung
Uhren und Goldwaren,
Photoartikel, Feldstech.,
Sprechmaschinen, Musik-
instrumente, Spielwaren,
Koffer usw.
Kataloge gratis und franko
JURASS & Co. BERLIN A. 67,
Belte-Allianze-Str. 3

Danzig (Ortsverband). Durch-reisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Gewerkeverein K a m m e r e r, Hirschmarkt 10, Befragungskarten

Edis und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Befragungskarten im Gewerkevereinsbureau, Geveinsstr. 156.

Dresden (Ortsverband). Durch-reisende Kollegen erhalten ein Diszessionsamt von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Sekretariat der Ortsvereine, Lindenstr. 2

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1913
auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NR. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Strebjamen Gewerkevereiner
Für jeden
Auf folgende sieben erschienenen Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Verarbeitete unentgeltlich:
Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erlassen vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;
Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmen und Arbeitern in der Textilindustrie, von W. Gleichauf;
Arbeitslosenversicherung und Arbeitswachstum, von R. Schumacher.
Das Stück kostet 10 Pf.; 10 Stück 80 Pf.; 20 Stück 1,60 M. und 50 Stück 3,75 M. bei portofreier Zufendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O. 68., Greifswalderstr. 221/223, zu richten.

FAHNEN.
Schärfen, Ehren diplome,
Verlassenszeichen etc.
gut und billig bei
Theobald Berkop
in Oppola in O.-S.

Fort 1. 2. für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Brau-Str. 6.

Straßfurt (Ortsverb.). Durch-reisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung bei den Ortsvereinskassierern.

Grimsenan (Ortsverb.). Durch-reisende Kollegen erhalten 75 Pf. Vergütung, Kartenausgabe-Krausfeld Hotel.

Kattowitz (O.-Schl.). Durch-reisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeld beim Kassierer, Kol. Paul Schmiere, Weidstr. 11 par. (Mittags 12-1, abends nach 6 Uhr).

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Dunders)
NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
wird hiermit jebermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Bermittler: Amt VII, Nr. 4730.